

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Florian von Brunn

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Florian Siekmann

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Ralf Stadler

Abg. Sebastian Körber

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Thomas Huber

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Staatsminister Klaus Holetschek

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion**

**"Politik für die Menschen statt Spezlwirtschaft: Probleme anpacken, Vertrauen zurückgewinnen!"**

Sie kennen das Prozedere: grundsätzlich 5 Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. 10 Minuten für eine Rednerin oder einen Redner. Die fraktionslosen Kollegen können 2 Minuten reden. – Erster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr von Brunn. Bitte schön.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die vergangenen Monate haben unsere Gesellschaft auf eine harte Probe gestellt. Viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sind an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gestoßen. Viele haben sich für ihre Mitmenschen eingesetzt, ja zum Teil sogar aufgeopfert: Pfleger\*innen, Ärzte, Kassierer\*innen, Erzieher, Lehrkräfte, Polizist\*innen, aber auch viele Ehrenamtliche, Familien und Arbeitskolleg\*innen. Ihnen allen gebührt unser Dank und unser Respekt.

(Beifall bei der SPD)

Sie alle haben aber nicht nur Anspruch auf warme Worte, sondern vor allem auf gute Politik. Angesichts dieses großartigen Engagements kommt bei mir der Ärger hoch, wenn ich sehe, wie sich einige in dieser Krise schamlos bereichert haben. Von Herrn Kollegen Sauter – ich weiß gar nicht, ob er hier ist und ob er mich als Kollegen ansieht; denn nach eigenen Worten macht er diesen Job nur nebenher – ist schon längst eine Entschuldigung bei den Menschen überfällig; denn er hat versucht, maximalen Profit aus der Krise und damit aus der Not anderer zu schlagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen hier – und ich spreche für die allermeisten von uns – Parlamentarismus, weil wir uns für die Menschen einsetzen, er macht das als Nebenerwerb. Wir kontrollieren die Regierung, er macht Geschäfte mit ihr.

Apropos Regierung: Der Herr Ministerpräsident ist leider nicht da. Seine Krisenpolitik war beachtlich, aber häufig vor allem nur in der Inszenierung; denn in Wahrheit hat er zahlreiche schwere Fehler zu verantworten. Ich erinnere an die Starkbierfeste am Anfang der Pandemie, die diese Regierung nicht absagen wollte. Das war genau in den Städten und Landkreisen, die dann zu den ersten Corona-Hotspots wurden. Denken Sie an die komplette Überforderung der Gesundheitsämter, an das Testchaos im letzten Sommer, an die "mebis"-Katastrophe und das monatelange Dauerchaos an Bayerns Schulen. Die Zeche dafür zahlen unsere Kinder und ihre Familien bis heute.

(Beifall bei der SPD)

Aber als wäre dies alles nicht schlimm genug, hat diese Staatsregierung zudem eine gefährliche Mischung aus Fahrlässigkeit und Amigo-Wirtschaft zugelassen.

(Zuruf)

Fangen wir mit diesem Beispiel an: Wie kam es zur plötzlichen Eilzulassung der Schnelltests der Firma GNA Biosolutions im letzten Dezember? Welchen anderen Hintergrund hatte die massenhafte Bestellung dieser Tests durch den Freistaat? Wir wissen, dass der Freistaat an dieser Firma beteiligt war und dass ihr Geschäftsführer Arbeitskreisleiter der CSU war. Warum wurde bei diesem Auftrag Herr Sauter eingeschaltet? Er hat offenbar für einen Anruf in der Staatskanzlei in dieser Angelegenheit 300.000 Euro bekommen. Das sind viele offene Fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Aiwanger, wo sind inzwischen die von Ihnen gekauften Komex-Desinfektionsgeräte? Werden sie jetzt verwendet, oder dämmern sie weiter in irgendeinem Lager ihrem Ende entgegen?

(Zuruf)

Warum wurde ein bayerischer Marktführer für solche Geräte von Ihrem Haus nie angefragt? Egal, immerhin hat der Sohn Ihres Jagdfreundes aus Ihrem Wahlkreis damit ein Geschäft gemacht.

Ein weiterer Fall von sogenannter Wirtschaftsförderung im eigenen Stimmkreis des Wirtschaftsministers ist die Firma Zettl. Dort haben Sie eine Million sehr dünne OP-Masken – ich habe eine dabei, die ich nachher gerne zeigen kann – für stolze 6 Euro das Stück eingekauft und sie dann auf Steuerzahlerkosten mit dem Hubschrauber zur Zertifizierung zur DEKRA fliegen lassen.

(Zuruf)

Die zahlreichen Angebote von günstigeren Konkurrenten wurden links liegen gelassen.

Aber der traurige Höhepunkt der Amigo-Deals ist mit Sicherheit der Emix-Maskenskandal um Andrea Tandler. Es ist wie in einem schlechten Film: Die Tochter des früheren CSU-Generalsekretärs und Wirtschaftsministers macht auf dem Höhenpunkt der Krise eine Firma auf und vertickt mit Hilfe von CSU-Politikern wie Nüßlein, Hohlmeier und Sauter Masken in Milliardenhöhe an den Staat.

Über 30 Millionen Euro Provision soll Frau Tandler für den Emix-Deal eingeschoben haben. Diese 30 Millionen Euro oder vielleicht sogar 50 Millionen Euro sind teuer eingepreist. Das zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Bayern und in Deutschland. Gleichzeitig ist zu wenig für die Schulen da und kämpfen viele kleine Gewerbetreibende, Künstlerinnen und Künstler, Solo-Selbstständige und Minijobber um ihre Existenz. Das ist ein Skandal!

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Wie kam dieser fragwürdige Deal zustande? Wieso haben Sie fast 11 Euro pro Maske bezahlt, obwohl Sie im gleichen Zeitraum für weniger als 3 Euro eingekauft haben? Das ist ein Unterschied von fast 350 %. Noch wichtiger: Warum wurde die Sicherheit vieler Masken nicht zureichend geprüft? Wir wissen, dass Masken, die auf der Warnliste der EU standen, der Rapex-Liste, von Emix geliefert wurden. Wir wissen, dass Emix in Bayern Masken ausgeliefert hat, die Belgien und Baden-Württemberg aus Sicherheitsgründen eingezogen haben. Wohin wurden sie geliefert? Gingen die Masken möglicherweise an Krankenhäuser oder an Behörden in Bayern? Zumindest in Justizvollzugsanstalten haben Sie doch schon hektisch untaugliche Masken austauschen lassen.

Ich kann Ihnen versprechen: Wir werden bei der Aufklärung sicher nicht lockerlassen. Ich will gleich Bezug nehmen auf Ihre Ausrede, die wir hören werden: Es sei doch Pandemie gewesen, da sei schnelles Handeln gefragt gewesen, deswegen müsste man diese Mondpreise für Murks-Masken bezahlen. – Nein, das ist nicht so. Schauen Sie nach Rheinland-Pfalz, schauen Sie nach Mecklenburg-Vorpommern! Dort haben zwei Ministerpräsidentinnen der SPD ihre Länder ruhig und sachlich durch die Pandemie gelenkt – ohne Ego-Gehabe und Kanzler-Allüren und ohne Amigos Aufträge zuzuschancen. Es geht also auch anders.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund muss man sich noch mehr dafür schämen, wie sich Geschäftemacher im Freistaat schamlos selbst bedient haben, während andere um Gesundheit und Leben gekämpft haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, dass die Staatsanwaltschaft hier Ermittlungen führt. Das ist auch richtig. Wir brauchen aber auch eine politische Aufarbeitung dieses Skandals. Sie sollten endlich reinen Tisch machen. Zeigen Sie uns jetzt die Akten! Machen Sie alles öffentlich! Oder

brauchen wir erst einen Untersuchungsausschuss, damit die Dinge ans Licht kommen?

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Wissen Sie, was besonders beschämend ist? – Dass eine Krankenpflegerin zehn Jahre lang arbeiten muss, um so viel zu verdienen, wie Herr Sauter für einen einzigen Anruf kassiert hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen in Bayern endlich eine bessere, solidarische Politik, eine Politik, die die Menschen in den Blick nimmt, nicht den eigenen Geldbeutel.

Zu Beginn der Pandemie hat die Politik versprochen, die Situation im Gesundheits- und Pflegewesen zu verbessern. Dieses Versprechen müssen wir jetzt einlösen. Die Menschen im Krankenhaus oder in der Altenpflege brauchen eine gute Bezahlung durch ordentliche Tarifverträge und vor allem viel mehr Kolleginnen und Kollegen, damit die ihnen anvertrauten Menschen gut gepflegt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Den guten Weg, den Bundesarbeitsminister Hubertus Heil beschritten hat, müssen wir jetzt auch in Bayern gehen. Wenn wir echte Gerechtigkeit und sozialen Aufstieg wollen, dann müssen wir massiv in Bildung investieren. Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir müssen uns auch in Bayern viel mehr um die Kinder kümmern, die nicht mit dem sprichwörtlichen silbernen Löffel im Mund auf die Welt gekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Eine gute, solidarische Politik erfordert aber auch in anderen Bereichen kraftvolle, mutige Zukunftsinvestitionen, zum Beispiel im Klimaschutz. Die Energiewende in Bayern lahmt. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist schon längst überfällig. Zukunftsinves-

titionen in den Klimaschutz sparen Milliardenkosten und verhindern Milliardenschäden in der Zukunft. Deswegen ist es eine "Milchmännchen-Rechnung", wenn der Finanzminister die Schuldenbremse ziehen will.

(Zuruf)

Sein eigener Parteifreund Scheuer hat mit der unsinnigen CSU-Maut mehr als eine halbe Milliarde Euro an Steuergeldern verbrannt. Wer gerade vor diesem Hintergrund am Klimaschutz spart, der hat den Schuss nicht gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wer eine gute Zukunft und Gerechtigkeit will, der darf auch keine Steuergeschenke für Vermögende und Reiche machen. Eine Abschaffung der Erbschaftsteuer, wie sie die FREIEN WÄHLER fordern, ist ein Schlag ins Gesicht für all die, die Corona hart getroffen hat, egal ob es die Ladeninhaberin in der Stadt ist, der Standlbesitzer oder die Bedienung mit Minijob und ohne Kurzarbeitergeld.

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen viel mehr Unterstützung, wie das Olaf Scholz gemacht hat, und soziale Absicherung, so wie wir das vorschlagen, aber keine Abschaffung der Erbschaftsteuer.

Wir wollen eine andere Politik. Wir wollen weniger Ego-Politik; wir wollen weniger Klientel-Politik.

(Zuruf)

Wir wollen solidarische Politik für die Menschen. Wir wollen eine soziale und gute Zukunft für die Vielen, nicht nur für Wenige. Das ist der Unterschied zwischen uns. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter von Brunn. – Ich darf den nächsten Redner ans Rednerpult bitten. Es ist der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Herr Abgeordneter Bernhard Seidenath. Bitte schön.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat die heutige Aktuelle Stunde überschrieben mit den Worten "Politik für die Menschen statt Spezlwirtschaft: Probleme anpacken, Vertrauen zurückgewinnen!"– Schon dieser Titel ist eine Ungeheuerlichkeit. Er suggeriert nämlich, dass in Bayern keine Politik für die Menschen gemacht wird, stattdessen gäbe es nur Spezlwirtschaft. Auch unterstellt er, die Probleme würden nicht angepackt.

(Zuruf)

Der Staatsregierung, den sie tragenden Fraktionen und allen Abgeordneten aus den Regierungsfractionen wird damit pauschal unterstellt, sie würden sich bei ihren Entscheidungen nur von ihren eigenen Interessen leiten lassen. Gegen diesen unverfrorenen Vorwurf verwahre ich mich persönlich auf das Schärfste und nehme hiergegen auch alle meine Fraktionskollegen in Schutz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Hier zeigt sich die Handschrift des neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD. Er will polarisieren; er will brandmarken; er will anklagen. Er will andere schlecht- und kleinreden in der Hoffnung, dass seine eigene Partei damit etwas besser herauskommt.

Ich kann nur sagen: Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Das regelmäßige, stetige und gallige Abladen von Schmutz wird nicht zu dem gewünschten Erfolg führen. Allenfalls führt es zu Politikverdrossenheit bei den Menschen

(Zuruf)

und zu Kopfschütteln darüber, wie die gewählten Vertreter unseres Volkes miteinander umgehen, wie sie sich beharken und gegenseitig schlechtmachen.

(Zuruf)

Ich habe gerade gehört: "Skandal", "Chaos", "Dauer-Chaos". Ich rate Ihnen dringend, zu einem seriösen, sachlichen und konstruktiven Politikansatz zurückzukehren.

(Zuruf)

Nun kann man sagen: Es ist doch Wahlkampf; in dreieinhalb Monaten wird der Bundestag neu gewählt, da muss man doch Verständnis dafür haben, dass das Eine oder Andere einmal pointierter formuliert wird. – Gerade im Wahlkampf sollten Sie aber mit solchen letztlich ehrverletzenden Anwürfen vorsichtig sein.

(Zuruf)

Sonst wird aus der Politikverdrossenheit schnell eine Demokratieverdrossenheit. Zu sagen "Nimm mich; der andere ist noch hässlicher", mag auf einer einsamen Insel funktionieren.

(Zuruf)

Im normalen Leben dagegen führt es nur zu Frust und Verdrossenheit. Wir alle sind von dem Verdacht, in dem der ehemalige Bundestagsabgeordnete Georg Nüßlein steht, zutiefst angewidert. Da besteht überhaupt kein Zweifel. Sich an der Not anderer zu bereichern, ist ein absolutes No-Go. Das hat meine Partei auch sofort nach Bekanntwerden in diversen Beschlüssen zum Ausdruck gebracht. Den Austritt Nüßleins aus unserer Partei haben wir mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Mich ärgert dieses Verhalten auch deshalb so maßlos, weil es die tägliche, aufopferungsvolle Mühe von uns Abgeordneten für die Mitbürgerinnen und Mitbürger entwertet und konterkariert. Diese Einschätzung ist der SPD auch bekannt. Dennoch hat sie den Titel

ihrer Aktuellen Stunde so formuliert und damit letztlich unser aller tägliche Arbeit desavouiert.

(Ein schriller Dauerpfeifton ist zu hören)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich darf vielleicht die Rede kurz unterbrechen, weil wir im Moment dieses Alarmgeräusch klären. Sonst fehlt die Aufmerksamkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

**Bernhard Seidenath (CSU):** – Mit zehnminütiger Zeitverzögerung, Herr von Brunn.

(Beifall bei der CSU)

– Er hat eine lange Reaktionszeit.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Wir warten noch einen Moment und unterbrechen die Redezeit. Sonst macht das Reden keinen Sinn.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Wie bitte?

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich unterbreche. Ich habe dich gerade unterbrochen, damit du anschließend in Ruhe weiterreden kannst. Wir können das Geräusch im Moment nicht abstellen.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Okay. Soll ich mich bis dahin setzen?

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Die Ursache muss geklärt werden. Du kannst vorn bleiben oder dich hinsetzen; das ist gleich.

(Der Pfeifton endet – Allgemeiner Beifall)

Gehen wir davon aus, dass es nur eine Fehlschaltung in der Lautsprecheranlage war und nichts Schlimmeres. – Herr Abgeordneter Seidenath, bitte setzen Sie Ihre Rede fort. Sie können auch gern noch den letzten Absatz wiederholen. Auf die paar Sekunden kommt es bestimmt nicht an. Bitte schön.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Auf diese Weise hat der Kollege Hopp Werbung für sein neues Buch gemacht. Was hier in diesem Hohen Haus so alles passiert! – Seit März 2020, eigentlich schon seit Januar 2020, als die ersten Fälle des Webasto-Clusters aufgetaucht waren, setzen wir uns dafür ein, die Folgen von Corona für die Menschen in Bayern so gut wie irgend möglich abzumildern. Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir leben in einer Katastrophe, für die es keine Blaupause gab und gibt. Wir versuchen, die Rechtsgüter Leben und Gesundheit so gut wie möglich zu schützen und gleichzeitig unsere Arbeitsplätze zu retten und die Wirtschaft zu stabilisieren. 20 Milliarden Euro haben wir allein in Bayern für diese Zwecke bereitgestellt und die vier großen Säulen unserer Corona-Politik gemauert und gestützt:

(Zuruf)

die Prävention, das Testen, das Impfen und das Therapieren. Jeder von uns Abgeordneten hat versucht, hierzu seinen Beitrag zu leisten. In Zeiten des Mangels haben wir Angebote, die uns erreicht haben, für Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel oder Schnelltests weitergegeben. Auch ich habe das gemacht. Jeder von uns hat das gemacht. Ein normaler, guter Abgeordneter tut dies in bester Absicht.

Jetzt aber kursieren Listen, welcher Abgeordnete welche Firma vorgeschlagen hat und in welchen Fällen es hinterher auch zum Vertragsabschluss gekommen ist. Jeder Abgeordnete auf der Liste muss sich erst einmal rechtfertigen und sieht sich einem Verdacht ausgesetzt. Im Grunde müssen doch alle dort Genannten froh darüber sein, auf einer solchen Liste zu stehen! Sie haben einen Beitrag geleistet, die Pandemie und die Katastrophe zu überwinden. Dass das jetzt anders ist bzw. nach Ansicht der SPD anders sein soll, rührt an den Grundfesten des Abgeordnetendaseins. Wenn ich keine Tipps mehr geben darf, um Probleme zu lösen, kann ich als Abgeordneter einpacken. Das rüttelt an unserem Selbstverständnis als Vertreter des Volkes. Ich bin ja gerade nicht dazu da, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern um Probleme zu sehen und an ihrer Lösung mitzuarbeiten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Menschen hier im Raum tun dies alles altruistisch und in bester Absicht. Wir wollen helfen. Das ist unser Ziel als Abgeordnete. Ich persönlich freue mich, wenn ich durch meine Tipps helfen konnte, aus dem Schlamassel herauszukommen und durch ein Matching Leute und Firmen zusammenzubringen. Wir sind ja alle Netzwerker. Deshalb ist es durchaus ein Erfolgserlebnis, wenn ein eigener Tipp dazu beigetragen hat, die Mangelsituation zu entspannen. Dass dies nun verdächtig sein soll und ins Zweifelhafte gestellt wird, empfinde ich als regelrecht dramatisch; denn durch einzelne schwarze Schafe verursacht, wird das erst durch einen Generalverdacht, wie Sie ihn äußern und heute auch zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht haben, zu einem Flächenbrand. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um unser Selbstverständnis als Abgeordnete. Durch Ihre Rede haben Sie uns in der Pandemiebekämpfung nicht einen Millimeter weitergebracht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie reden,

(Zuruf)

Sie klagen, Sie jammern, Sie verbreiten schlechte Stimmung. Wir handeln. Ich kann nur sagen, dass wir – die Staatsregierung, die CSU und die FREIEN WÄHLER – die Probleme anpacken. Wir haben für Bayern trotz einer weltweiten Pandemie das Beste herausgeholt. Wir haben unsere Menschen durch ein leistungsfähiges Gesundheitssystem geschützt, – –

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Was lesen Sie jetzt da in Ihrem Handy? Hat ein Unterstützer ein "Bravo" geschrieben, Herr von Brunn? – Wahrscheinlich gab es hier einen einsamen Unterstützer für Sie. Hören Sie doch mal zu! – Wir haben die Menschen in Bayern durch ein leistungsfähiges Gesundheitssystem vor Bildern beschützen können, wie wir sie in Norditalien,

Frankreich oder jetzt auch in Indien gesehen haben. Ohne uns, ohne die CSU, die FREIEN WÄHLER und die Politik der Staatsregierung, würde es Bayern deutlich schlechter gehen.

Unser Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat die aktuelle Situation zu Beginn der Regierungsbefragung dargestellt. Sie sieht gut aus und gibt begründeten Anlass zur Hoffnung. Wir haben auch schon Konsequenzen für die Zukunft gezogen und sind jetzt besser für künftige Pandemien gerüstet. Der Freistaat hat ein zentrales Pandemielager für Schutzmaterial und Medizinprodukte eingerichtet. Wir haben die Produktion für Schutzausstattung ins Inland zurückgeholt. Das muss jetzt auch noch für die Produktion wichtiger Arzneimittel geschehen, was für die Zukunft lebens- und überlebenswichtig ist. Das ist gerade eine hervorragende Politik für die Menschen. Mir ist kein einziger Vorschlag von Ihrer Seite bekannt und in Erinnerung geblieben,

(Zuruf)

allenfalls rheinischer Singsang, der sich aber in der Regel nicht mit den Anträgen deckt, die Sie hier im Landtag formulieren. Wenn wir der AfD gefolgt wären, hätten wir viel mehr Menschen an Corona verloren, und noch viel mehr würden nun an Long-COVID leiden.

Lassen Sie mich bitte zum Schluss noch einmal das Bild an die Wand werfen, das ich an dieser Stelle schon sehr oft gezeichnet habe: das Bild der Fußballmannschaft, die sich im Kampf gegen das Coronavirus einig sein muss, um den schwierigen, unangenehmen Gegner zu besiegen, einen Gegner, der jeden Fehler sofort ausnutzt; denn das Virus ist der Gegner, nicht die Staatsregierung, die CSU oder die FREIEN WÄHLER. Der Titel der Aktuellen Stunde der SPD heute ist ein Foul am eigenen Mitspieler. Er schwächt das Team in dieser Naturkatastrophe. Vertrauen lässt sich nur dann zurückgewinnen, wenn glaubhaft versichert wird, dass es nicht ums eigene Interesse geht.

(Zuruf)

Der heutigen Aktuellen Stunde ist auf die Stirn geschrieben, dass die SPD damit ihre Interessen verfolgt und aus der Kritik an anderen Kapital schlagen möchte. Sie möchten aus der Kritik an anderen Kapital schlagen. Liebe Kollegen von der SPD, so lässt sich kein Vertrauen zurückgewinnen. Diese Aktuelle Stunde ist deshalb definitiv eine vertane Chance. – Danke fürs Zuhören und vor allem fürs Nachdenken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender Seidenath. – Ich darf als nächsten Redner den Abgeordneten Florian Siekmann von den GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Siekmann.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mitten in der dritten Corona-Welle, während Menschen auf den Intensivstationen in Bayern um ihr Leben kämpften und unser Pflegepersonal am Anschlag war, hat die CSU den Freistaat mit einem Skandal ungekannten Ausmaßes erschüttert. Abgeordnete Ihrer Partei haben sich an der Not der Menschen in dieser Krisensituation schamlos bereichert. Millionen Euro sind auf den Konten von Sauter, Tandler und Kollegen gelandet.

Um die Strafbarkeit geht es mir heute gar nicht. Sie ist Sache der Justiz. Mir geht es um die politische Verantwortlichkeit und die Verantwortung dafür, dass sich CSU-Abgeordnete und Spezl ungeniert den Staat zur Beute machen konnten, dass sie Tür und Tor für Deals aufgestoßen haben, sei es für Masken samt persönlicher Provision, sei es für untaugliches und überteuertes Material. Die jüngst aufgedeckten Versuche des Bundesgesundheitsministers, solche Masken dann auch noch an Arbeitslose, Obdachlose und Menschen mit Behinderung zu verteilen, sind nur ein weiteres Beispiel dafür, wie sehr der politische Anstand in der Union abhandengekommen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen, ich bin kurz nach meinem Bachelorabschluss in den Landtag gewählt worden. Mein Einkommen hat sich dadurch verzehnfacht: 8.657 Euro – eine gewaltige Summe aus Sicht eines Studenten und eine gewaltige Summe aus Sicht der meisten Menschen in Bayern. Wir hier im Hohen Haus gehören zu den zwei bis drei Prozent der Top-Verdiener im Freistaat, und es widert mich an, wenn Kolleg\*innen den Hals nicht voll bekommen können und sie so wenig Anstand haben, dass sie der Meinung sind, selbst in einer Krisensituation ihre persönlichen Kontakte versilbern zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen im Freistaat schütteln den Kopf, und sie fragen zu Recht: Wie konnte es denn dazu kommen?

Das hat mitnichten nur mit Einzelfällen zu tun, von denen wir immer wieder gehört haben, sondern mit einem System, das geradezu dazu eingeladen hat, sich persönlich zu bereichern: einem schwarzen Filz. Dieser schwarze Filz wurde von zwei Seiten gepflegt: erstens von einer CSU im Landtag, die jahrelang strengere Regeln für Lobbyismus und Nebentätigkeiten verhindert hat. Legislaturperiode für Legislaturperiode wurden unsere Gesetzentwürfe hier im Hohen Haus abgelehnt. Amigos, Verwandtenaffäre, Maskendeal – jedes Jahrzehnt hat seinen CSU-Skandal. Erst jetzt sind Sie bereit, Ihre bockige Blockadehaltung aufzugeben und endlich strengeren Regelungen zuzustimmen. Weil der Druck zu hoch ist, haben Sie sich endlich dazu durchgerungen. Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt ganz treffend, dass Ihr Gesetzentwurf im Wesentlichen deckungsgleich ist mit unserem Vorschlag. In Fragen von Demokratie und Transparenz legen wir GRÜNE vor, und Sie schreiben ab.

(Zuruf: Baerbock!)

Hätten Sie das früher gemacht, meine Damen und Herren, wären dem Freistaat etliche Skandale und den Steuerzahler\*innen etliche Millionen erspart geblieben. – Ich kann Sie beruhigen: Frau Baerbock hat einen Masterabschluss, auch wenn Sie in der AfD nicht glauben können, dass eine Frau das an der London School of Economics

machen kann. Sie hat ihn und im Gegensatz zu so mancher Doktorarbeit so gar nicht abgeschrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber zurück zum Thema, um das es mir heute eigentlich geht. Das Verbot von bezahltem Lobbyismus durch Abgeordnete, die Veröffentlichungspflicht für Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro, umfassende Anzeigepflicht für Beteiligungen und Aktienoptionen, das Aufbrechen des Anwaltsprivilegs und harte Sanktionen für Verstöße – all das ist längst überfällig. Die verspielte Glaubwürdigkeit kann nur durch schonungslose Transparenz zurückgewonnen werden – nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich –, Transparenz, die nicht nur in der Zukunft gelten darf, sondern auch in der Vergangenheit gelten muss.

Die von Markus Söder vorgetäuschte Flucht nach vorn zeigt nur allzu gut, was er gerne hinter sich lassen würde: einen schwarzen Filz, in dem seit Jahren Geld aus Kontakten gemacht wurde.

Bei den Maskendeals ist es nicht geblieben; fast jede Woche kamen und kommen weitere fragwürdige Fälle ans Licht: Das Dossier zur Event-Arena am Münchner Flughafen – aufgedeckt von meinem Kollegen Johannes Becher –, Provisionen für Schnelltests – Aufklärung durch uns und die SPD –, eine Blitzkarriere im Bauministerium, in drei Jahren dahin, worauf andere zwölf bis 17 Jahre warten – Aufklärung durch die FDP und uns –, Millionenhonorare für Verfassungsbeschwerden im Bund, ein kurz nach dem Bekanntwerden der Maskenaffäre geplatzter Immobiliendeal mit dem Bauministerium usw. In etlichen Ministerien dürften nicht nur ein paar Leichen im Keller liegen, sondern inzwischen ganze Leichenhäuser gefüllt sein. – Sie würden das alles gerne mit den gesetzlichen Verschärfungen hinter sich lassen. Aber das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schonungslose Transparenz heißt, dass jetzt endlich reiner Tisch gemacht wird; denn damit so ein Deal zustande kommt, braucht es nicht nur einen Abgeordneten, der vermittelt, sondern es braucht auch eine zweite Seite im schwarzen Filz. Das sind Minister\*innen, die wegschauen, die nicht hinschauen, was in ihren Häusern passiert, oder ein solches Handeln gar noch befördern.

Genau da liegt auch die Verantwortung der amtierenden Staatsregierung und des Ministerpräsidenten. Sie versagen in der Führung Ihrer Häuser, wenn Sie solche Zustände dulden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von Anfang an hat meine Fraktion die Aufklärung vorangetrieben, und von Anfang an hat sich die Regierung Söder Mühe gegeben, zu verzögern und zu verschleiern. Von 17 Anfragen zum Plenum zur Causa Sauter/Nüßlein wurden zehn nur unzureichend oder gar nicht beantwortet. Wenn es brenzlich wird, meine Damen und Herren, schränken Sie einfach die Frage bei der Beantwortung ein. Ein Beispiel: Statt über die Vermittlungstätigkeit von Herrn Sauter für Geschäfte mit den Behörden des Freistaates Bayern Auskunft zu geben, beschränken Sie Ihre Antwort auf die unmittelbaren Ministerien. Wesentliche Player der staatlichen Vermögensverwaltung wie die Immobilien Bayern sind damit raus. Ob Sie mit Herrn Sauter als Abgeordnetem oder Anwalt für eine dritte Partei konferieren, können Sie – Zitat – nur anhand der Umstände des jeweiligen Einzelfalls entscheiden. – Das zeigt: Als MdL öffnen sich ihm die Türen, und als Anwalt macht er das Geschäft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis aber überhaupt Antworten kommen, muss man lange warten. Die Antwort auf die Anfrage zu Direktvergaben von Aufträgen für Schutzausrüstung ohne Ausschreibung ist seit einem Monat überfällig. Eine weitere Antwort auf eine Anfrage zu Schnelltests, für die die 300.000 Euro an Herrn Sauter geflossen sind: verlängert und trotzdem überfällig. Sieben Schriftliche Anfragen aus dem März zu Geschäften der Staatsregie-

rung mit Abgeordneten sollen erst im August beantwortet werden. Das ist nicht nur eine Missachtung des Parlaments, das ist eine Verhinderung der Aufklärung. Das machen Sie scheinbar mit Absicht so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt den schwarzen Filz zu durchleuchten, werfen Sie nur einen flüchtigen Blick in die dunklen Ecken. Wir aber werden weiter auf einer schonungslosen und lückenlosen Aufklärung bestehen; denn die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind gewaltig. Sie erfordern es, dass die Menschen Vertrauen in die politischen Institutionen haben. Während wir weiter mit Corona kämpfen, machen Klimakrise und Artenschwund keine Pause. Wir brauchen jetzt mutige Entscheidungen, damit der Aufbruch aus der Pandemie auch der Aufbruch in eine lebenswerte Zukunft wird. Fragwürdige Deals und Spezlwirtschaft stehen dabei im Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen in diesem Land haben Kontaktbeschränkungen, Kurzarbeit, Home-schooling und vieles mehr auf sich genommen, um diese Krise zu überwinden. Sie verdienen es, dass ab heute von der Regierung anständig und verantwortungsvoll gehandelt wird. Das heißt, jetzt von selbst die Skandale der Vergangenheit aufzuarbeiten und nicht von der Opposition aufarbeiten zu lassen, Transparenz zu leben, statt sie nur vorzugeben, und keinen einzigen Fall unter den Teppich zu kehren. Sie haben die Wahl: Machen Sie jetzt reinen Tisch, oder wir werden jeden Winkel des schwarzen Filzes ausleuchten, mit allen Mitteln, die uns die Verfassung dafür an die Hand gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich beim Abgeordneten Siekmann und darf den nächsten Redner aufrufen. Bevor ich das tue, sage ich: Ich wünsche mir von Sitzung zu Sitzung, dass diese Tätigkeit der Reinigung des Pults und das Auswechseln des Windschutzes bald nicht mehr nötig sein wird. Ich möchte aber an die-

ser Stelle einmal ausdrücklich dafür danken, dass unsere Offiziantinnen und Offizianten über diese lange Zeit hinweg dazu beigetragen haben, dass vielleicht auch uns manche Ansteckung im eigenen Bereich erspart geblieben ist. Einen herzlichen Dank für diese Form des Schutzes!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt ist bereits am Rednerpult: Herr Dr. Fabian Mehring, der Sprecher für die FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Herr Dr. Mehring.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Dem Dank schließe ich mich an. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Knapp einen Monat nach dessen Amtsantritt erhält der Bayerische Landtag heute einen ersten, aber, wie ich finde, sehr eindrucksvollen Beleg des einigermaßen speziellen Humors des neuen Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im Hohen Haus.

(Zuruf)

Ausgerechnet die SPD möchte den Regierungsfractionen anraten und sie dazu ermuntern, Politik für die Menschen zu machen, also mehr Bürgernähe zu zeigen! Ausgerechnet die SPD möchte uns darüber belehren, wie Problemlösungskompetenz wachsen kann und wie Probleme anzupacken sind! Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommt es: Ausgerechnet die SPD möchte den Bayerischen Landtag dazu anleiten, politisches Vertrauen zurückzugewinnen, weil ein Vertrauensverlust stattgefunden habe!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich hatte, als ich den Titel dieser Aktuellen Stunde gelesen habe, den Eindruck, der Kollege von Brunn hat möglicherweise seine beiden Rollen als SPD-Landesvorsitzender und als neuer Fraktionsvorsitzender hier im Bayerischen Landtag miteinander verwechselt; denn es könnte durchaus angezeigt sein, SPD-intern in einer Art Selbsthilfe-

gruppe über mangelnde Bürgernähe, über mangelnde Problemlösungskompetenz und politischen Vertrauensverlust miteinander zu diskutieren. – Herr Kollege von Brunn, hier im Bayerischen Landtag braucht keine demokratische Fraktion ausgerechnet von Ihnen Nachhilfe in diesen Kategorien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD):  
Doch!)

Herr Kollege von Brunn, meine Damen und Herren von der SPD, vom Titel Ihrer Aktuellen Stunde bleibt nicht mehr übrig als der einigermaßen verzweifelte Wink auf den Abgeordneten Sauter in der Hoffnung, mit einem Finger auf die CSU zu zeigen. Während Sie mit einem Finger auf die CSU zeigen, zeigen Sie mit mindestens drei Fingern in puncto Bürgernähe, in puncto Problemlösungskompetenz und in puncto Vertrauensverlust auf sich selbst. Sie liefern heute eine eindrucksvolle Selbstdiagnose der Herausforderungen Ihrer eigenen Fraktion und Partei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sehr geehrter Herr von Brunn, meine Damen und Herren von der SPD, weil zwischen Ihrer Fremd- und Selbstwahrnehmung eine eklatante Lücke klafft, erlauben Sie mir, auf die vier Kategorien, über die Sie heute mit uns sprechen wollen, einzugehen.

Ich beginne mit der Kategorie des Vertrauens, mit dem Vertrauensverlust und ihrem Ansinnen, wieder Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen. Die SPD verlor bei der letzten Landtagswahl in Bayern 11 % und bei der letzten Bundestagswahl 5 %. Nach aktuellen Umfragen würde die SPD weitere 5 % verlieren, wenn jetzt Bundestagswahl wäre. Bei der Landtagswahl am vergangenen Sonntag in Sachsen-Anhalt verlor die SPD 10,9 %.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Herr Kollege von Brunn, die SPD verliert an Vertrauen in einer Zeit, in der die Zustimmungswerte zur Bayernkoalition, zu den Fraktionen und Parteien von FREIEN WÄH-

LERN und CSU, einen historischen Höchststand erreicht haben. So hoch waren unsere Zustimmungswerte in den vergangenen Jahrzehnten nie. Während dieses Zeitraums ist Ihre SPD zu einer Vertrauensvernichtungsmaschine geworden. Es gibt im politischen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland keine Institution, die im Zeitverlauf der letzten Jahre mehr politisches Vertrauen verloren hat als die SPD. Gerade von Ihnen brauchen wir in dieser Kategorie keine Tipps.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Herr Kollege von Brunn, ich komme zur zweiten Kategorie, der Bürgernähe. Weil es mir ein objektives Kriterium zu sein scheint, möchte ich Sie noch einmal mit dem Votum der Menschen in Bayern konfrontieren, mit dem, was objektiv in Wahlen niedergelegt ist.

Wo geht es denn um Bürgernähe? Wo geht es denn darum, Politik für die Menschen zu machen? – Das ist am allermeisten in der Kommunalpolitik der Fall, dort, wo Politik auf die Lebenswirklichkeit der Menschen trifft.

(Zurufe)

Herr Kollege von Brunn, genau in dieser Hinsicht sind Sie und Ihre Parteifreunde im Sinkflug. Sie haben bei den letzten Kommunalwahlen 7 % verloren. Das sind übrigens genau so viele Prozentpunkte, wie meine Gruppierung gewonnen hat. Es gilt dabei die eiserne Regel: Überall dort, wo die Kommune kleiner und kleiner wird, wo Politik also näher am Menschen ist, wird das Ergebnis der SPD schlechter. Je mehr Bürgernähe wichtig ist, desto schlechter sind ihre Ergebnisse. Die Bürgeranwälte, die kommunalpolitischen Kräfte, die die Politik für die Menschen machen, sitzen in der Mitte dieses Parlaments und nicht auf der linken Seite. Mit Ihnen als Fraktionsvorsitzender wird das noch deutlicher werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Herr Kollege von Brunn, wir sind aber nicht nur näher am Menschen, wir stellen nicht nur den Menschen mehr in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns, sondern haben die Nase auch in puncto Problemlösungskompetenz vorn. Ich spreche der SPD nicht die Fähigkeit ab, Probleme zu beschreiben. Die Fähigkeit, Probleme wortreich und auch rhetorisch brillant zu beschreiben, hatte schon Ihr Amtsvorgänger Horst Arnold als Fraktionsvorsitzender. Herr Kollege von Brunn, durch Sie wird das jetzt auf die Spitze getrieben, eine zweite Qualität kommt sogar noch dazu. Ich habe den Eindruck, zur rhetorischen Brillanz von Horst Arnold kommt jetzt die Von-Brunn'sche-Rabulistik obendrauf. Herr Kollege von Brunn, jetzt werden Probleme nicht nur wortreich beschrieben, sondern Probleme, die es gar nicht gibt, werden auch noch kreativ erfunden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Damit dies nicht nur als leere Worthülse im Raum steht, will ich Ihnen dafür zwei Beispiele geben: Sie haben Staatsminister Hubert Aiwanger kritisiert. Sie haben ihn vor dem Hohen Haus ernstlich dafür kritisiert, dass er bei Maßgabe eines leergefegten Weltmarktes dafür gesorgt hat, dass den Menschen in Bayern Masken zur Verfügung stehen, Masken, die noch dazu in Bayern, in Kooperation mit einem bayerischen Mittelständler, produziert wurden. Daraus machen Sie ein Jahr später, nachdem wir ein Jahr lang nichts von Ihnen gehört haben, ein politisches Problem, indem Sie den Taschenrechner herausholen, neoliberal darüber nachdenken, ob ein Euro pro Stück zu viel oder zu wenig bezahlt worden ist. Ich sage Ihnen eines: Ich bin gottfroh, dass wir damals Masken hatten, um die Menschen in unserer Heimat zu schützen. Hätten wir darauf gewartet, bis die SPD-Ortsverbände sie gestrickt hätten, dann hätten wir heute noch keine Masken und viele Tote mehr in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege von Brunn, vielleicht machen Sie es in Zukunft wie Ihre Kollegin Müller, die auch Ihrer Fraktion angehört. Sie war nämlich, und zwar als Hubert Aiwanger alles

geregelt hatte, bei der Firma Zettl MEDITEC GmbH, um ein Foto machen zu lassen, um zu zeigen, wie gut es in Bayern gelaufen ist, um zu zeigen, wie gut unser Mittelstand solche Masken produziert.

Ich fasse also zusammen: Hubert Aiwanger löst die Probleme. Er sorgt für Masken aus dem bayerischen Mittelstand. Die SPD aber tut nichts und fährt anschließend hin, lässt ein Foto schießen und sagt ein Jahr später, dass das der falsche Weg war. Herr Kollege von Brunn, das ist fast schon absurd!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie beschreiben die Probleme, wir lösen die Probleme. Ich könnte Ihnen stundenlang Beispiele dafür geben. Ich will drei herausgreifen.

Wir haben die Benchmark für die Corona-Politik in Deutschland gesetzt. Ihre Ministerpräsidenten haben sich am bayerischen Weg immer und immer wieder orientiert. Wir haben die Probleme gelöst, Sie haben sie vorher beschrieben und anschließend nachgeahmt. Wir lösen die Probleme in der Wirtschaft: Die Hightech Agenda ist für die Bundespolitik, was den wirtschaftlichen Fortschritt angeht, die Benchmark. Wir lösen die Probleme bei der Energiewende, Stichwort Wasserstoffoffensive. Das ist ein bayarisches Phänomen. Wir haben die Nase vorn, nicht Sie!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege von Brunn, es wird Ihnen besonders wehtun; denn das gilt übrigens auch in der Sozialpolitik, einer früheren Domäne Ihrer Partei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nicht Ihre Partei ist die Familienkoalition, sondern es ist die Koalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU, die den Beitragszuschuss für Kindergärten, das Krippengeld und das Familiengeld beschlossen hat. Es ist diese Bayernkoalition, die 7,25 Milliarden Euro für soziale Themen ausgibt, damit es den Menschen, den Familien und Kin-

dern in unserem Land gutgeht. Sie hingegen reden von Sozialpolitik mehr schlecht als recht, Sie beschreiben Probleme. Wir aber lösen Probleme. Sie reden von Sozialpolitik, wir dagegen machen Sozialpolitik. Sie sind die querulantischen Problembeschreiber, Sie sind die Nörgler. Wir aber gestalten die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ich komme auf den letzten von Ihnen angesprochenen Aspekt zu sprechen, die Spezlwirtschaft. Herr Kollege von Brunn, auch dazu sei Ihnen gesagt: Der Bayerische Landtag berät gerade ein Lobbyregistergesetz, das schärfer ist als das Lobbyregistergesetz, das Ihre Parteifreunde auf der Bundesebene beschlossen haben, ein Lobbyregistergesetz, das weiter geht als das, was die SPD dem Bayerischen Landtag vorgeschlagen hat. Diese Bayernkoalition berät gerade über eine Änderung des Abgeordnetengesetzes, die weiter geht als das, was Ihre Parteifreunde in Berlin beschlossen haben. Die Änderung des Abgeordnetengesetzes geht weiter als das, was die SPD bisher vorgeschlagen hat. Also nicht einmal diesen einen Punkt der Spezlwirtschaft können Sie kritisieren, weil Sie das Problem nur beschreiben, weil Sie nur als politischer Geschäftemacher darüber reden, was gemacht werden müsste. Sie reden nur, wir dagegen handeln auch bei diesem Thema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr Kollege von Brunn, ich darf zum Ende kommen und Ihnen zusammenfassend sagen: Das war heute nichts. Was heute Ihrerseits stattgefunden hat und namens Ihrer Fraktion, war eine eindrucksvolle Selbstreflexion der Herausforderungen Ihrer eigenen Partei sowie Ihrer Fraktion.

Deshalb möchte ich Ihnen raten: Nehmen Sie das Thema noch einmal mit! Lassen Sie es nicht im Bayerischen Landtag! Lassen Sie es nicht im Bayerischen Landtag, wo alle anderen mehr Kompetenz auf diesen Feldern haben als Sie! Diskutieren Sie es in der SPD! Diskutieren Sie es parteiintern! Wenn Sie dazu noch Hilfe brauchen, insbesondere im Bereich der Bürgernähe, beim Thema "Vertrauen zurückzugewinnen" oder

auch bei der Problemlösungskompetenz, dann kommen Sie gerne vertrauensvoll auf uns zu! Sie wissen: Auch uns FREIEN WÄHLERN ist die alte Dame SPD wichtig. Auch uns fällt es schwer, zu sehen, in welcher schwierigen Lage sie sich derzeit befindet. Wenn wir also helfen können, dann geben Sie uns Bescheid, aber machen Sie die Hausaufgaben in Ihrer Partei und beraten Sie den Bayerischen Landtag nicht scheinbar klug und besserwisserisch in Dingen, in denen er keiner Beratung bedarf, weil alle anderen demokratischen Fraktionen diese Dinge besser im Griff haben als Ihre eigene. Sie waren heute Querulant. Sie waren heute Besserwisser. Sie waren heute Nörgler. Dafür wird Sie niemand wählen. Gewählt werden diejenigen, die die Zukunft gestalten. Das sind im Bayerischen Landtag die FREIEN WÄHLER und die CSU. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Dr. Mehring. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Abgeordnete Ralf Stadler. Herr Abgeordneter, bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

**Ralf Stadler (AfD):** Habe die Ehre, Herr Präsident, geschätzte Abgeordnete! Zehn Minuten Herr Mehring – das schreit nach Ohrentropfen; das muss man einmal sagen.

Geschätzte Abgeordnete, vielen Dank an die SPD für das Thema der Aktuellen Stunde: Genau das ist bei der CSU ein Dauerbrenner. Opfer von Korruption sind nämlich wir alle. Durch Absprachen und Schmiergeldzahlungen wird der Wettbewerb verzerrt. Aufträge werden zu überhöhten Preisen vergeben. Schlechtere Anbieter werden bevorzugt. Kaschiert wird das Ganze mit staatlichen Förderungen, damit es halt nicht so auffällt.

Es setzt sich nicht mehr das beste Angebot durch, sondern das zweitbeste oder das drittbeste, wenn überhaupt. Hauptsache, der CSU-Spezl kriegt den Auftrag. Der öf-

fentlichen Hand entsteht dadurch ein Schaden in Milliardenhöhe. Bezahlt wird der Schaden im Ergebnis von unseren Steuerzahlern. Wir könnten viel weiter sein in Sachen Innovation und Wirtschaftsentwicklung, wenn wir nicht im Filz und im schwarzen Sumpf versinken würden.

Mit der klassischen Korruption durch Amtsmissbrauch geht in der Regel ein Verlust des Vertrauens in die öffentliche Verwaltung und den Staat insgesamt einher. Korruption führt zur Aushöhlung des Rechtsstaates und zu einem Verfall von Werten. Dadurch wird die Gesellschaft anfälliger für organisierte Kriminalität.

Korruption zieht sich in Bayern durch alle Institutionen; man kann hier schon fast von staatlicher organisierter Kriminalität sprechen. Überall, wo es etwas zu holen gibt, sind die schwarzen Schafe vorn dabei, egal ob bei Maskendeals, Schnelltestabrechnungen oder Gemeinschaftsunterkünften für Migranten. Ja, was glauben Sie denn, wer die größten Profiteure der Migrationskrise sind? Es sind die Unternehmer, die ihre Immobilien für Gemeinschaftsunterkünfte an die Regierung vermieten, und zwar nicht aus christlicher Nächstenliebe, nein, sondern aus reiner Geldgier. Es gibt Unternehmer, die für diese Unterkünfte knapp 100.000 Euro pro Monat kassieren.

Auskünfte über diese staatlich finanzierten Verträge? – Fehlanzeige. Das ist eine Schweinerei. Diese Verträge mit der staatlichen Immobilien Freistaat Bayern sind die am besten gehüteten Geheimnisse der Staatsregierung. Wen wundert's? Oder glauben Sie wirklich, dass ein Sozi oder ein Grüner einen dieser hoch dotierten Mietverträge bekommt?

Bestochene – und damit erpressbare – Amtsträger sind die Einfallstore im Staat. Eigentlich müsste unser Staat entschlossen gegen diese Art der Selbstbedienung vorgehen. Transparenz heißt das vielbeschworene Zauberwort. Ein Informationsfreiheitsgesetz für die Bürger sucht man in Bayern immer noch vergebens. Dann würden nämlich auch die Geschäfte der Dorfhäuptlinge offenkundig. CSU-Bürgermeister auf dem Land sind mittlerweile mehr Grundstückshändler als Bürgervertreter. Der Bauunternehmer

vor Ort bekommt das Grundstück, das dann "mit staatlicher Förderung" entwickelt wird, wie es so schön heißt; da werden die Filetstücke vergoldet. Die Mitverdiener sind auch in den Rathäusern zu finden. Was meine Heimatgemeinde angeht, so könnte ich ein Lied davon singen.

Für die – ehemals – staatstragende Partei in Bayern ist das zum erfolgreichen Geschäftsmodell geworden. Wer im Außenbereich bauen will, geht zur Partei. Wer als Lehrer einen Job möchte, geht zur Partei. Wer öffentliche Aufträge will, geht zur Partei. Eine Hand wäscht die andere. Natürlich werden dann auch Gegenleistungen erwartet. So läuft es nun einmal bei uns in Bayern. Und wer nicht mitmacht, geht eben leer aus.

Im Bereich des Strafrechts sind diese Vorgänge schwierig zu fassen. Eine Vorteilsnahme oder -gewährung ist erst dann strafbar, wenn es eine nachweisbare Unrechtsvereinbarung gibt, was kaum zu beweisen ist. Die Übergänge sind fließend.

Wenn wir diesen Saustall nicht endlich ausmisten, dann geht das Vertrauen der Bürger in die Politik endgültig verloren. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Ich darf als Nächsten Herrn Abgeordneten Sebastian Körber von der FDP-Fraktion aufrufen.

**Sebastian Körber (FDP):** Spezlwirtschaft – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie diesen Begriff in eine einschlägige Internet-Suchmaschine eingeben, dann führt der Weg zwangsweise irgendwann immer wieder zurück zur CSU.

(Beifall bei der FDP)

Kleiner Exkurs in die Geschichte: 1990er-Jahre – Amigo-Affäre. 2000 bis 2013 – hier im Parlament – die Verwandtenaffäre. Insgesamt waren es 79 Landtagsabgeordnete,

die meisten von der CSU, die die Ehefrauen und sogar die Kinder angestellt hatten, um zusätzliches Haushaltseinkommen zu erwirtschaften.

Dann kamen – 2015 – die ersten Immobiliendeals ans Licht. Der Dienstsitz in Augsburg ist ein Beispiel, das aktuell ist. Wir können auch einen Exkurs in die fränkische Metropole Nürnberg machen. Dort gibt es eine Außenstelle des Deutschen Museums. Der mit einem ortsansässigen Immobilienunternehmer geschlossene üppige, exorbitante Mietvertrag enthält für diesen ganz besonders schmackhafte Konditionen – etwas, was ich in meiner beruflichen Laufbahn selten gesehen habe. Der Auswahlprozess war völlig intransparent. Bis heute weiß niemand so genau, warum. Es ist bis heute nicht aufgeklärt, volle Transparenz ist immer noch nicht hergestellt. Danach gab es zweimal eine 45.000 Euro und 45.500 Euro umfassende Spende an die CSU – von ebendiesem Immobilienunternehmer, der maßgeblich profitiert hat.

Kollege Siekmann hat es schon angesprochen: Es gibt sehr interessante Beförderungspraktiken in dieser Staatsregierung, insbesondere im Bauministerium, etwa für die Tochter eines Landtagsabgeordneten, der einmal Justizminister war und wiederum an anderer Stelle profitiert. Über die Maskenaffäre ist bereits ausgiebig diskutiert worden.

Dann stellen sich allen Ernstes Regierungsvertreter hierhin und bemängeln, dass wir hier Kritik äußern? Gott sei Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es hier auch die SPD, die GRÜNEN und die FDP, die Aufklärungsarbeit leisten und die richtigen Fragen stellen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Es kann ja wohl nicht sein, dass Sie jetzt allen Ernstes als einzigen Konter bringen: Oh! Da sitzt der Herr von Brunn, der neue Fraktionsvorsitzende! – Ich will nicht sein Verteidiger sein; aber Sie können doch angesichts der Punkte, die ich Ihnen gerade genannt habe, nicht allen Ernstes argumentieren, man wolle hier einfach nur ein bisschen Kritik vorbringen.

Alles das scheint historisch einordenbar zu sein; das ist ja das Traurige. Und Sie wundern sich, dass wir hier von Politikverdrossenheit reden? Sie sprechen hier von Anstand und Moral? Sie werfen der Opposition vor, dass sie Ihr Agieren kritisiert, und versuchen damit, die Rollenverteilung zu ändern. Das können wir Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, nun wirklich nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Das gilt übrigens auch für die Kollegen von den FREIEN WÄHLERN. Erste "Geschäftchen" in Niederbayern sind ja bereits aufgezeigt worden; was dran ist, wird man sehen. Aber so einfach kann man sich nicht wegducken, Herr Aiwanger.

(Stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger: Sie vermengen alles miteinander!)

– Ja, es ist genau richtig, es zu vermengen, weil es System hat. So schaffen wir Politikverdrossenheit in diesem Land. Genau das führt dazu, dass die Menschen sagen: Ihr seid alle gleich! – Das ist eben nicht so. Wir sind nicht alle gleich; denn wir als demokratische Oppositionsparteien gucken hier ganz genau hin. Nie gab es mehr zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Kollege Mehring, nie gab es mehr zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Ich erinnere auch an die Sprüche, die hier ständig kommen. Ein Beispiel: Alle Fahrzeuge im ÖPNV sollten WLAN haben, sagte der Ministerpräsident. Die Realität: 7,5 % aller Züge haben WLAN. Es wird nur versprochen. Glauben Sie uns: Wir, die demokratischen Oppositionsparteien, insbesondere die FDP, werden da weiterhin draufschauen.

Es ist wirklich eine Dreistigkeit. Sie nehmen die Sorgen nicht wahr und die Herausforderungen nicht an. Das will ich abschließend noch einmal an zwei, drei Punkten aufzeigen.

Nie gab es mehr zu tun. Ein Beispiel ist das Kostencontrolling. Ich bleibe jetzt nur bei den Immobilienthemen, weil wir schon viel von den Masken gesprochen haben. – Auch in München gibt es ein Deutsches Museum. – Die Staatsregierung ist sehr schwach vertreten; Herr Sibler ist natürlich auch nicht da. – Hunderte Millionen Euro gehen gerade für Mehrkosten über die Wupper, weil man am Anfang nicht hingeschaut und auf ein Kostencontrolling, wie es in der Wirtschaft völlig normal ist, verzichtet hat. Wenn Ihnen diese Zahlen zu groß sind, dann will ich sie für Sie plastisch machen: Mit 200 Millionen Euro hat man irgendwann angefangen. Wir steuern auf 800 Millionen Euro Sanierungskosten zu! Stellen Sie sich einmal vor, Ihr Einfamilienhaus, Kollege Mehring, würde nicht 500.000 Euro kosten, sondern plötzlich zwei Millionen Euro. Wissen Sie, was draußen los ist? Es ist schon angesprochen worden. Hier redet es sich immer sehr einfach.

Jeder, der hier im Raum sitzt, gehört zu den zwei bis drei Prozent der Spitzenverdiener in diesem Land. Die meisten Menschen wären hoffnungslos pleite.

Sie müssen sich darum kümmern, dass sich die Menschen wieder Wohneigentum leisten können. Wir müssen die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie endlich abschaffen. Ihre Eigenheimzulage und das Bayerische Baukindergeld waren krachend zum Scheitern verurteilt gewesen. Sie haben die BayernHeim eingeführt. Diese hat gerade bei Neuvermietung höhere Mieten verlangt als die örtlichen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Alles, was Sie hier anpacken, funktioniert nicht. Vielleicht haben Sie andere Beschäftigungsfelder.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Sebastian Körber (FDP):** Nie gab es mehr zu tun. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege Körber. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Herr Abgeordneter Swoboda, Sie haben das Wort.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Hohes Haus! Wir leben in einer Zeit der politischen Superlative im Negativen: noch nie da gewesener Grundrechtsentzug, noch nie so da gewesene Zweifel an Demokratie und Politikern, noch nie so großes Misstrauen gegen Regierende und gegen Wissenschaft, noch nie so große Spaltung von Arm und Reich und auch von Jung und Alt. Die Politiker waren noch nie so fern von den Menschen, und sie werden das auch mit der heutigen Aktuellen Stunde nicht richten können.

Was sind denn die Probleme der Menschen, die sie anpacken sollen? – Wir sind das Land mit der höchsten Steuerlast, mit der höchsten Teuerung zum Beispiel bei Lebensmitteln und Energie, bei Mieten und Bauen. Wir sind das Land mit der höchsten künstlichen Einpreisung von CO<sub>2</sub> trotz minimalen Anteils am Schadstoffausstoß.

Wer ist für diese miese Herrschaft verantwortlich? – Sie, die sogenannten Volksparteien, die CDU – nicht hier in Bayern, aber dafür sind Sie, die CSU, hier –, die GRÜNEN und auch Sie, die SPD. Wenn Herr von Brunn vergessen hat, dass die Agenda 2010 SPD-gesteuert war, dann hat er auch vergessen, dass die SPD den Schulterchluss mit dem Arbeitnehmer verloren hat. Sie haben aber nicht den Schulterchluss zu antidemokratischem Verhalten verloren, indem Sie nämlich alle drei Gewalten auf sich vereinen. Sie zeigen keine Bereitschaft zur Umkehr. Sie wollen alle Ihre Ziele und Maßnahmen der Politik in den Zeitraum einer Generation packen. Dies wird nicht funktionieren.

Was ist die Folge Ihres Handelns? – Der Niedergang der Industrie und der Wirtschaft. Schauen Sie sich um: Arbeitsplätze gehen in nie da gewesenem Ausmaß verloren. Die Zukunft weist in das digitale Zeitalter. Der Einzelne leidet unter dem Verlust des planbaren Lebens; junge Menschen leiden unter dem Verlust der wirtschaftlichen Sicherheit für ein ganzes Leben. Die Ellenbogengesellschaft wurde von Ihnen und Ihrer Politik gefördert. Das müssten Sie endlich ändern. "Rette sich, wer kann" sollte es nicht heißen, Lobbyismus auch nicht.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege Swoboda, Ihre Redezeit beträgt zwei Minuten.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Es soll nicht heißen: "Bereichere sich, wer kann". – Ich komme zum Schluss. Das Ergebnis ist: Sie machen eine Politik gegen die Menschen. Die Quittung hierfür werden Sie bekommen. Die nächste Wahl wird es zeigen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Thomas Huber für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Thomas Huber (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mir geht es ähnlich wie dem Kollegen Seidenath. Ich hätte Ihnen, Herr von Brunn, einen besseren Einstieg in Ihre neue Funktion gewünscht. Als wir gestern den Titel der Aktuellen Stunde gelesen haben, haben wir uns alle dasselbe gefragt, nämlich was sich die SPD wohl bei der Wahl dieses Titels gedacht hat. Ich muss gestehen: Ich kann es Ihnen heute noch nicht sagen. Wollen Sie damit ernsthaft zum Ausdruck bringen, dass die Regierungsparteien und die Regierungsfaktionen im Bund und im Land bislang eine Politik gegen die Menschen gemacht haben, oder vertauscht die SPD hier etwa vorsätzlich Ursache und Wirkung?

Richtig ist doch, dass Corona vielen Menschen einiges abverlangt hat und auch heute noch einiges abverlangt. Neben der Corona-Pandemie selbst stellen auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, wie die Schließung von Kindertagesstätten und Schu-

len oder auch die Sorgen um den Arbeitsplatz, die Familien vor riesige Herausforderungen. Besonders belastet waren dabei Kinder und Jugendliche. Aber auch Alleinerziehenden, älteren und pflegebedürftigen Menschen oder Menschen mit Behinderung hat Corona einiges abverlangt. Deshalb war es für die Staatsregierung entscheidend, allen Menschen besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Dabei ist aber ständig abzuwägen. Der Gesundheitsschutz und die Bekämpfung der Pandemie waren und sind ständig mit den Interessen der Menschen in den bestmöglichen Ausgleich zu bringen.

Auch wenn die Politik gezwungen war, viele Maßnahmen zu treffen, die für viele Menschen erhebliche Einschnitte bedeuteten, so muss man klarstellen, dass das Coronavirus diese Maßnahmen erforderlich machte! Diese Maßnahmen wurden vom Koalitionspartner in Bayern und in Berlin mitgetragen. Wenn wir die Situation hier mit anderen Ländern vergleichen, lieber Kollege, dann sehen wir doch, dass wir gut durch die Pandemie gekommen sind. Das verdanken wir den vielen Begleit- und Unterstützungsmaßnahmen, die wir für die Menschen getroffen haben, seien es die Notbetreuung in den Kitas, die unzähligen Beratungsstellen, zum Beispiel Erziehungsberatungsstellen, die immer geöffnet waren, auch wenn Sie das des Öffern anders darstellen, die Anpassungen im Bereich des Kurzarbeitergeldes oder die Wirtschaftshilfen, die – ja – schneller hätten ausbezahlt werden können.

Wo aber waren Sie und Ihr Finanzminister in Berlin beim Thema Wirtschaftshilfen, als es einmal wirklich um das Tempo und um das Handeln und nicht um das gescheit Daherreden ging? Statt anzupacken, Herr von Brunn, suchen Sie von Anfang an verzweifelt nach Problemen und Defiziten, stellen das Fehlverhalten weniger Parlamentarier, das auch wir kritisieren, in den Vordergrund und übersehen dabei, dass wir, die Mehrheit, die anständigen Parlamentarier, hier alle miteinander versuchen, die Gesundheit und die soziale Lage der Menschen bei allen getroffenen Maßnahmen selbstverständlich im Blick zu behalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir machen es uns weiter zur Aufgabe, die Familien in Bayern weiterhin tatkräftig zu unterstützen, damit Bayern auch künftig trotz Corona und auch nach Corona ein attraktives Land für Familien bleibt. Herr Kollege Mehring hat schon eine Aufzählung gebracht. Beispielhaft nenne ich das Familiengeld, mit dem wir Familien seit September 2018, also noch vor Corona, unbürokratisch und auch direkt unterstützen.

Sehen Sie sich doch einmal das Große und Ganze an, Herr von Brunn! Nicht nur solche Leistungen wie das Familiengeld machen Bayern für Familien so attraktiv, sondern auch das Bildungssystem, unsere Universitäten, die hervorragende Arbeitssituation, unsere Umwelt, unsere Natur, die von den Familien aus der Landwirtschaft gepflegt wird, und die Sicherheit in unserem Land, für die unsere Polizeibeamtinnen und -beamten tagtäglich und rund um die Uhr sorgen. All diese Menschen leisten dazu einen Beitrag. Wer möchte mit seiner Familie nicht dort wohnen, wo andere Urlaub machen? Ist das, Herr von Brunn, keine Politik für die Menschen?

Die SPD hingegen befindet sich schon voll im Wahlkampf und scheint kein großes Interesse mehr daran zu haben, etwas für die Menschen zu bewegen, obwohl sie es durchaus könnte. Sie stellen den Bundesarbeitsminister. Die ehemalige Bundesfamilienministerin ist in der SPD. Vor ein paar Wochen, nach ihrem Rücktritt in der schwierigsten Phase der Pandemie, wird man sich in der SPD-Parteispitze wohl gedacht haben: Ach komm, so wichtig ist das ganze Bundesministerium, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, jetzt auch wieder nicht, das soll jetzt so nebenbei unsere Justizministerin mit erledigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist der Stellenwert, lieber Herr von Brunn, den die SPD im Bund einer aktiven Sozialpolitik beimisst, die wir gerade jetzt, in diesen Monaten, so dringend bräuchten.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege Huber, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Thomas Huber (CSU):** Genau so klappt das aber nicht mit dem "Vertrauen zurückgewinnen", um mit dem zweiten Teil des Titels Ihrer Aktuellen Stunde zu enden. Ich würde es Ihnen wünschen. Wir leisten einen Beitrag, um das Vertrauen der Menschen zu haben, zu erhalten und dort, wo es möglicherweise verloren ging, –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Thomas Huber (CSU):** – auch wieder zurückzuerhalten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Maximilian Deisenhofer für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Maximilian Deisenhofer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zu Beginn dem Kollegen Körber anschließen. Zum Glück gibt es die demokratische Opposition aus GRÜNEN, SPD und FDP; denn wir werden aufklären, während die Staatsregierung eher versucht, zu verschleiern und zu verzögern. Dies sieht man daran, wie unsere Anfragen beantwortet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte den Blick jetzt auf das Epizentrum des Maskenskandals und damit auf meinen Heimatlandkreis Günzburg richten. Außerdem möchte ich nicht verhehlen, dass es mir wehgetan hat, dass mein Heimatlandkreis in den bundesweiten Medien immer im gleichen Atemzug mit Steueroasen in der Karibik genannt werden musste, weil das Geld für die dubiosen Masken am Ende oft im Landkreis Günzburg landete; weitere Gründe dafür haben wir bereits gehört.

Mir geht es an dieser Stelle jedoch um die Konsequenzen und um die Aufarbeitung. Dabei stellen wir regional einen großen Unterschied zwischen den großen Ankündigungen in München und dem immerhin von uns jetzt übernommenen Transparenzge-

setz einerseits sowie dem Handeln der CSU-Akteure in Schwaben andererseits fest. Beide Abgeordnete, Nüßlein und Sauter, haben trotz der im Raum stehenden Vorwürfe ihre Mandate im Bundestag und im Landtag behalten, und die CSU vor Ort, die die beiden aufgestellt hat, konnte sich bis heute nicht dazu durchringen, sie zur Rückgabe ihrer Mandate aufzufordern. Ich finde, es ist überfällig, dass das von der CSU-Gruppierung kommt, die die beiden aufgestellt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht aber noch weiter. Der Bundestagsabgeordnete Georg Nüßlein sagte Anfang März 2021, er wolle sein Bundestagsmandat weiterhin für die Menschen in seiner Heimat wahrnehmen und es nicht zurückgeben. Georg Nüßlein war aber seit Ende Februar 2021 in keiner einzigen Sitzung des Bundestags und ist auch sonst nicht in Erscheinung getreten. Die Diäten – seitdem inzwischen weit mehr als 30.000 Euro – fließen zum Unverständnis der Bevölkerung vor Ort aber weiter.

Laut seinem Anwalt ist Nüßlein seit der Razzia bei ihm am 25. Februar 2021 krankgeschrieben. Man kann ihm von dieser Stelle aus nur noch einmal gute Besserung wünschen; wobei auch krankgeschriebene Abgeordnete ihr Mandat zurückgeben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Des Weiteren ist er, genauso wie sein Landtagskollege Alfred Sauter, weiterhin Mitglied der CSU-Kreistagsfraktion im Landkreis Günzburg. Auf der Titelseite von dessen Homepage gibt es wiederum Bilder mit lokaler CSU-Prominenz, die ihn unter anderem beim gemeinsamen Rudern zeigen. Alfred Sauter hatte zu Beginn der Affäre betont, von den Vorgängen aus den Medien erfahren zu haben. Gleichzeitig versuchte er, mit einer anonymen Spende an die Bürgerstiftung des Landkreises Günzburg den Kopf noch schnell aus der Schlinge zu ziehen.

Damit wären wir beim dritten Beteiligten aus dem Landkreis Günzburg. Manfred Krautkrämer hat als Treuhänder das Konto geführt, auf dem die mutmaßlichen Schmiergel-

der landeten. Dennoch führt er bis heute die Kasse des CSU-Kreisverbands Günz-  
burg.

(Zuruf: Das ist Ihre Aufarbeitung!)

An dieser Stelle stellt sich auch die Frage, was bei der externen Prüfung der Finanzen  
des CSU-Kreisverbands herauskam, die der Generalsekretär Blume im März 2021  
groß angekündigt hat. Ist diese bereits erfolgt, und was sind die Ergebnisse dieser  
Prüfung?

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass es die CSU mit der Abgrenzung gegenüber den  
Beteiligten an der Maskenaffäre anscheinend nicht so ernst meint, wie uns das hier  
immer erzählt wird; denn sonst würde sie vor Ort durchgreifen und nicht versuchen,  
die Sache dort einfach auszusitzen. Sowohl für die Pandemiebekämpfung als auch im  
Hinblick auf die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie, die Ihnen, wie wir vorher gehört  
haben, so wichtig ist, wäre es besser, einen klaren Schnitt zu machen.

Wir werden an diesem Thema auf jeden Fall weiter dranbleiben. Das kann ich Ihnen  
an dieser Stelle versprechen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Deisenhofer. –  
Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Prof. Dr. Winfried Baus-  
back.

(Zuruf)

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich  
habe mir die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags gerade noch einmal ange-  
sehen. Darin heißt es in dem zur Aktuellen Stunde einschlägigen Abschnitt, dass der  
Landtag aus aktuellem Anlass über ein bestimmt bezeichnetes Thema, das von allge-

meinem Interesse ist und die Kompetenz des Landes betrifft, diskutiert. Die bisherige Debatte, Herr Kollege von Brunn, Herr Diekmann

(Zuruf: Herr Diekmann?)

– Entschuldigung, Herr Siekmann – und Herr Deisenhofer hinterlässt mich

(Zurufe)

ein wenig ratlos.

(Zuruf)

Denn was war eigentlich der Gegenstand dieser Debatte? – Überschrieben ist das Thema mit: "Politik für die Menschen

(Zuruf: Statt Spezlwirtschaft!)

statt Spezlwirtschaft: Probleme anpacken, Vertrauen zurückgewinnen!" – Ich stelle mir gerade eine Krankenschwester vor, die bei uns im Klinikum Aschaffenburg Dienst tut. Ich stelle mir eine Lehrerin vor,

(Zuruf)

die über ein Jahr lang mit großem Engagement einen hervorragenden Unterricht gehalten hat. Ich stelle mir auch die Leute vor, die jetzt lange Zeit in Kurzarbeit waren, oder die mir gegenüber wohnende Friseurmeisterin,

(Zurufe)

die im Rahmen ihrer Selbstständigkeit wahrscheinlich an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit kommt. Wie werden sie diese Debatte auffassen? Herr von Brunn, glauben Sie im Ernst, sie werden den Eindruck gewinnen, dass hier irgendjemand von dieser Seite der SPD, der GRÜNEN und der FDP irgendwelche Probleme angepackt hat? Sie haben nicht erklärt, was Sie in Bezug auf die Probleme der Menschen anpa-

cken wollen. Sie haben nichts dazu beigetragen, Vertrauen zurückzugewinnen. Hier ging es doch gar nicht um Aufklärung!

(Zurufe: Doch!)

Sie haben Vorwürfe, die in der Tat schwerwiegend sind, hier wiederholt. Aber haben Sie heute etwas zu einer Aufklärung beigetragen? Zu einer Aufklärung trägt bei, wenn Sie parlamentarische Anfragen stellen oder diese Dinge überprüfen. Unter Umständen werden Sie irgendwann einmal einen Untersuchungsausschuss beantragen.

(Zurufe)

Wir werden gemeinsam alles dafür tun,

(Zuruf)

damit Dinge aufgeklärt werden. Wir haben auch unsere Lehren aus dem Fehlverhalten gezogen.

(Zurufe)

Wir sind dabei, mit den Kollegen von den FREIEN WÄHLERN einen Vorschlag zu unterbreiten, der übrigens nicht von irgendjemandem abgeschrieben ist. Die Kollegen von den GRÜNEN werden auch sehen, dass wir darin wesentlich weiter gehen als sie, weil wir die Probleme wirklich anpacken wollen, und Transparenz ist dabei nur eine Säule, aber sie ist nicht das alleinige Lösende. Ebenso werden Sie sehen, dass wir, hoffe ich, auf Sie zugehen, damit wir dann vielleicht eine vernünftige Basis finden.

Kolleginnen und Kollegen, Vertrauen haben Sie mit der heutigen Debatte aber nicht zurückgewonnen.

(Zuruf)

Wissen Sie, wer mit Dreck schmeißt,

(Zuruf)

braucht sich nicht zu wundern, wenn er auch selbst schmutzig wird.

(Zurufe)

Wenn Sie von irgendwelchen Millionen reden, dann müssen Sie, wenn Sie ehrlich sind, auch davon sprechen, wie es mit den Millionen im Cum-Ex-Skandal in Hamburg oder mit anderen Dingen aussieht. Ich finde, dass wir uns seriös darum bemühen sollten,

(Unruhe)

die Lebenswelt der Leute und das, was sie im Moment brauchen, zu erfassen.

(Zurufe)

Eine solche allgemeine Debatte brauchen sie nicht.

(Unruhe)

Unsere Aufgabe als Parlament ist es, die Regierung – –

(Anhaltende Unruhe)

– Jetzt lassen Sie mich doch ausreden! Herr von Brunn, es ist anscheinend der neue Stil der SPD, dazwischenzureden. Der Kollege Arnold war wesentlich näher bei den Menschen. Er war ein scharfer Gegner, aber er hat die Probleme der Menschen erfasst. Sie tun das nicht. Sie haben die Münchner Perspektive und wissen überhaupt nicht, was im Land vor sich geht.

(Beifall bei der CSU)

Wir als Parlament müssen die Staatsregierung natürlich kontrollieren, und wir werden zu einer Aufklärung das Unsrige beitragen. Mit dem, was Sie heute in dieser reiße-

schen Art und Weise veranstaltet haben, Herr von Brunn, werden Sie in Bayern aber auch nicht mehr als 8,4 % bekommen. Das war, glaube ich, Ihr Ergebnis am Sonntag.

(Zuruf)

Oder waren es 8,2 %?

(Zuruf)

Mit einer solchen Politik werden Sie nicht reüssieren, Herr von Brunn. Das ist nicht konstruktiv.

(Zuruf)

Damit werden die Probleme nicht angepackt, sondern das ist ein bloßes Zeigen mit dem Finger auf andere.

Sollten die GRÜNEN in diesen Sermon einfallen, werden sie sehen, dass das nicht der richtige Stil der Politik ist.

Wir werden die Probleme anpacken, Fehlverhalten in den Blick nehmen und ordentlich aufklären. Wir werden unsere Lehren daraus ziehen. Wir laden Sie ein, bei seriöser Politik mitzumachen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Wenn Sie das nicht wollen, ist das Ihr Bier. Die Wähler werden Ihnen die Quittung dafür geben.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Ohne jemanden persönlich anzusprechen, möchte ich Ihnen allen für den weiteren Verlauf der Debatte mit auf den Weg geben, dass unsere Geschäftsordnung durchaus Zwischen-

rufe vorsieht, dass es aber substantielle Unterschiede zwischen einzelnen Zwischenrufen und einer durchgängigen Gegenrede gibt, was ich in Zukunft durchaus so benennen werde. – Zu guter Letzt spricht Herr Staatsminister Holetschek.

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die "SZ" hat gestern getitelt: Der neue Fraktionsvorsitzende Florian von Brunn setzt seine Strategie des politischen Lautsprechertums fort. – Das politische Lautsprechertum ist wohl die Strategie, die hier gegeben ist. Diese Verbindung zwischen SPD und AfD ist neu. Ich habe mich vorhin gefragt, ob Sie sich in der Seite geirrt haben; denn die Strategie, die Sie fahren, ist genau dieselbe. Behauptungen werden in den Raum gestellt, die Sie erst einmal nicht beweisen. Aus diesen Behauptungen wird politisches Kapital geschlagen. Leute werden angegangen, ohne dass Sie sich an den Fakten orientieren.

Herr von Brunn, ich weiß gar nicht, wer Ihr Wahlkampfberater ist. Das hört sich nach Donald Trump an. Ich habe keine Ahnung, wer Sie berät. Ich kann Ihnen aber sagen: Das ist keine sehr erfolgreiche Strategie.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen und wir wollen aufklären. Wir wollen dort sanktionieren, wo etwas Unrechtmäßiges passiert ist, vor allem im Zusammenhang mit der Pandemie. Das ist selbstverständlich. Da ist auch unser Justizsystem dran. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Wir als Haus leisten dort, wo wir können, unseren Beitrag. Das ist für mich selbstverständlich. Dafür stehe ich an erster Stelle.

(Beifall bei der CSU)

Ich toleriere aber nicht, dass Sie das Thema "Verzögern und Vertuschen" in den Raum stellen. Ich weiß gar nicht, ob Sie mitbekommen haben, dass ich am 4. Mai den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses einen ausführlichen Bericht zur Situation der Beschaffungen im Frühjahr 2020 gegeben habe. Dieser ausführliche Bericht enthielt

eine Liste, auf der sämtliche Vorgänge und Käufe mit Firmen und Preisen verzeichnet waren. Ich weiß nicht, wie Sie sich mit Ihren Fraktionskollegen zu diesem Thema austauschen. Ich möchte aber feststellen: Mehr als im Gesundheitsausschuss einen Bericht im Detail abzugeben und gleichzeitig den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses und den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses zu informieren, kann man nicht tun.

Hätten Sie sich diesen Bericht angeschaut, wüssten Sie, dass wir nur in einem einzigen Fall einen Höchstpreis von 8,90 Euro pro FFP2-Maske, weit unter dem vom Bund für den März 2020 angegebenen Durchschnittspreis von 16,71 Euro, gezahlt haben. Das haben wir deutlich gemacht. Diese Information haben wir zur Verfügung gestellt. Damit haben wir einen Teil der Transparenz hergestellt, die in so einem Fall notwendig und richtig ist.

An dieser Stelle muss ich noch einmal deutlich machen, dass wir im Frühjahr 2020 in einer Notsituation waren. Auch wenn Sie es nicht mehr hören wollen: Es war damals so. Man war froh und dankbar, dass sich verschiedene Institutionen wie die vbw, der Flughafen, die Messe und viele Menschen eingebracht haben, um Schutzausrüstung zu beschaffen und in dieser Notsituation zu helfen. Das gehört auch zur Wahrheit. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen und nicht daraus irgendwelche Dinge zu konstruieren, die einfach jeder Realität entbehren.

Wir haben aus diesen Vorgängen Schlussfolgerungen gezogen. Wir haben übrigens auch keine Provisionen an irgendwelche Abgeordneten gezahlt. Das schwingt immer wieder so mit. Das hat es nicht gegeben. Wir haben aus diesem Thema auch für die Sicherheit Schlussfolgerungen gezogen. Sie haben gestern das Thema Masken aufgegriffen. Ich bin schon etwas irritiert, dass Ihr Parteigenosse Heil solche Behauptungen in den Raum stellt, ohne sie beweisen zu können. Sie sprechen von "Schrottmasken", obwohl der "SPIEGEL" diesen Begriff relativiert hat und nicht mehr verwendet. Herr von Brunn, viele dieser Behauptungen sind Teil eines parteipolitischen Kalküls und sonst gar nichts.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden gemeinsam die Lehren aus dieser Pandemie ziehen müssen. Wir müssen dabei sowohl die Punkte betrachten, die nicht funktioniert haben, als auch die Punkte, die gut funktioniert haben. Da bin ich ganz stringent. Wir werden uns aber nicht auf eine falsche Thematik einlassen, bei der kein Interesse an einer seriösen Aufklärung und an den Fakten besteht, sondern bei der das Interesse nur auf einer politischen Lautsprecherei und sonst gar nichts liegt. Sie machen sich vom Stil und von der Art und Weise her, wie Sie Politik machen, mit den Kollegen der AfD gemein. Das werden die Wählerinnen und Wähler draußen sehr schnell sehen und Ihnen die Quittung dafür geben. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe vorhin zugehört, als Sie über die Pflege gesprochen haben. Das ist ein ganz zentrales und wichtiges Thema. Als wir über die Pflegereform gesprochen haben, hätte ich mir gewünscht, dass Ihr Bundesfinanzminister das Thema Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt hätte und dass wir einen ordentlichen Steuerzuschuss bekommen hätten, um die Menschen in diesem Land wirklich zu entlasten. Das wäre eine verantwortungsvolle Sozialpolitik eines Finanzministers gewesen, der sich als Kanzlerkandidat hinstellt. Das haben Sie verfehlt. Das werden die Menschen draußen nicht verstehen. Tarifverträge für Pflegende sind wichtig und richtig. Sie dürfen aber nicht zulasten der Pflegenden gehen. Deshalb brauchen wir einen Steuerzuschuss. Den hat Ihr Finanzminister aber verweigert. Deswegen bekommen wir keine vernünftige Pflegereform. Das ist Ihre Politik der sozialen Gerechtigkeit!

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Wir sind damit am Schluss der Aussprache zur Aktuellen Stunde. Herr Fraktionsvorsitzender von Brunn hat eine persönliche Erklärung zur Aussprache angemeldet, zu der ich ihm hiermit das Wort erteile. In der persönlichen Erklärung dürfen nur Angriffe zurück-

gewiesen werden, die in der Aussprache gegen Sie geführt wurden. Sie können auch eigene Ausführungen berichtigen. Sie können aber nicht zur Sache sprechen. Bitte, Sie haben das Wort.

**Florian von Brunn (SPD):** Herr Präsident, ich verstehe ja, dass die CSU so verzweifelt ist, dass sie jetzt mich als Person und die SPD angreift und sich nicht zur Sache äußert. Das ist das übliche politische Gebaren, das wir hier im Bayerischen Landtag kennen.

Was ich aber für meine Fraktion und stellvertretend für viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufs Schärfste zurückweisen will, ist, dass Sie, Herr Holetschek, uns in unglaublicher und schamloser Art und Weise in die Nähe der AfD rücken, in die Nähe von Rechtsradikalen. Die älteste demokratische Partei Deutschlands, die älteste demokratische Partei! Die Vorgänger der CSU waren die Steigbügelhalter von Adolf Hitler. Sie haben doch Abgrenzungsprobleme nach rechts! Ich sage nur Werteunion, ich sage nur Maaßen, ich sage nur Verteidigung der Sozialsysteme gegen Zuwanderung bis zur letzten Patrone. Reden Sie doch nicht von einer Nähe zu Rechtsradikalen! Wir weisen das zurück! Wir haben damit nichts zu tun!

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter von Brunn, Sie dürfen hier Angriffe zurückweisen, allerdings nicht zur Sache sprechen.

**Florian von Brunn (SPD):** Ich spreche zur Sache. Entschuldigung, bitte.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Sie sind gerade im Begriff, zu erklären, wo die CSU-Fraktion ihre Probleme hat.

**Florian von Brunn (SPD):** Diese Art und Weise der Verunglimpfung, wie sie gerade von einem Staatsminister durchgeführt worden ist, weise ich zurück. Die Sozialdemokratie ist eine Vorkämpferin gegen Faschismus und Rechtsradikalismus und nichts anderes! Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Eine Wortmeldung zur Gegenrede sehe ich nicht. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.